

»» NEWSLETTER ««

POLITIK AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

Ausgabe vom 23. Februar 2024



In dieser Ausgabe

Leitantrag zur Außen- und Sicherheitspolitik

Sofortprogramm für die deutsche Wirtschaft

Aktuelle Stunde zur Bezahlkarte

Cannabislegalisierung stoppen

Übergabe der Empfehlungen des Bürgerrates

Terminvorschau

»»» LIEBE LESERINNEN UND LESER,

die letzten beiden Wochen waren sitzungsfrei. Zeit, um im Wahlkreis unterwegs zu sein. Neben meinen schon Tradition gewordenen Besuchen des Donzdorfer Fasnetsumzugs oder des Pferdemarktes in Geislingen hatte ich die Gelegenheit zu Gesprächen mit Bürgern, Verbänden und Vereinen aus unserem Landkreis. So zum Beispiel für einen fachlichen Austausch mit Vertretern des hiesigen Gartenbauverbands oder mit Vertretern des Bürgerbündnisses für Gesundheitsversorgung im Oberen Filstal.

Nicht nur in unserer Lokalpresse, sondern auch in Berlin ist die Legalisierung von Cannabis diese Woche Thema. Experten und Verbände warnen vor der Legalisierung. Auch ich werde dem Gesetzentwurf der Bundesregierung nicht zustimmen.

Leider gehören diese Woche erneut Streitigkeiten innerhalb der Ampel zur Tagesordnung, etwa zum Umgang mit der Schuldenbremse oder der Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerber.

Meinungsverschiedenheiten, Diskussionen und auch Streit sind ja legitim - zuweilen auch notwendig - solange sie jedoch, und das ist das Entscheidende, nicht blockierend wirken. Und das tun sie in der gegenwärtigen Bundesregierung.

Ein weiteres Mal hat die CDU/CSU die Bundesregierung aufgefordert, die Ukraine konsequenter zu unterstützen. Nicht nur bei der 2022 ausgerufenen Zeitenwende, sondern auch bei der sicherheitspolitischen Neuaufstellung im eigenen Land liegen wir weit zurück. Dazu gehören nach unserer Auffassung unter anderem eine neue nationale Sicherheitsstrategie sowie ein nationaler Sicherheitsrat.

Mehr dazu sowie zu weiteren Themen finden Sie im Folgenden.

Alles Gute



Ihr Hermann Färber

»»» LEITANTRAG DER WOCHE: "FÜR EINE ECHTE ZEITENWENDE IN DER DEUTSCHEN AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK"

Vor zwei Jahren, am 24. Februar 2022, hat Russland die Ukraine angegriffen. Bereits 2014 hat dieser Krieg mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und dem Krieg gegen die Ostukraine begonnen. Das ukrainische Volk kämpft nunmehr seit zehn Jahren für seine Freiheit, die Rückerlangung der territorialen Integrität seines Landes und die Bewahrung seiner politischen Souveränität – zentrale Säulen des Völkerrechts. Dabei verteidigen die Ukrainer auch unsere Werte, die liberale, regelbasierte Ordnung und somit die Sicherheit ganz Europas.

Trotz dieser Bedrohungslage ist Deutschland von einem strategischen Paradigmenwechsel weit entfernt. Die vom Bundeskanzler am 27. Februar 2022 ausgerufene "Zeitenwende" ist nach wie vor noch immer nur eine Ankündigung. Die "Nationale Sicherheitsstrategie" der Bundesregierung kratzt lediglich an der Oberfläche und zieht keine operativen Schlussfolgerungen für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik. Notwendige strukturelle Anpassungen wie die Einrichtung eines "Nationalen Sicherheitsrates" werden verschleppt. Genauso wie ein Konzept für die staatliche Gesamtverteidigung, das auch den Zivil- sowie Bevölkerungsschutz berücksichtigt, sowie eine Gesetzgebung für den besseren Schutz kritischer Infrastrukturen.

Die CDU/CSU fordert daher unter anderem:

- Eine neue "Nationale Sicherheitsstrategie", in der unsere Interessen klar artikuliert und konkrete Maßnahmen zu deren Durchsetzung benannt sind.
- Ein "Nationaler Sicherheitsrat" zur Stärkung der Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit der Bundesregierung.
- Unsere Nachrichtendienste müssen mit den Befugnissen ausgestattet werden, dass sie Bedrohungen rechtzeitig und selbstständig erkennen können.
- Verteidigung müssen wir gesamtstaatlich betrachten und dem Bevölkerungs- sowie Zivilschutz wieder einen hohen Stellenwert einräumen.
- Priorisierung der notwendigen Mittel im Bundeshaushalt so, dass der Verteidigungshaushalt stufenweise anwachsen und Deutschland auch nach Ausschöpfung des Sondervermögens die NATO 2-Prozent-Zusage überzeugend und als Untergrenze einhalten kann.
- Die Bundeswehr muss so einsatzbereit sein, dass sie ihre Aufträge und eingegangenen Verpflichtungen tatsächlich erfüllen kann. Dafür braucht es auch eine leistungsfähige Reserve.
- Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie.



Bildquelle: Canva.

Die Zeit hierfür drängt. Die Bedrohungslage erfordert jetzt entschlossenes Handeln der Bundesregierung, national und in Europa. Noch zwei weitere Jahre Zeitenwende in Zeitlupe kann sich unsere Sicherheit nicht leisten. Deutschland muss verlässlich seinen sicherheitspolitischen Beitrag im europäischen und transatlantischen Bündnis leisten sowie in Europa endlich gemeinsam mit Frankreich und Polen im Rahmen des „Weimarer Dreiecks“ Verantwortung übernehmen.



➤➤➤ WIRTSCHAFTSWENDE JETZT: SOFORTPROGRAMM FÜR DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFT

Die Weltwirtschaft wächst und gleichzeitig trüben sich die Aussichten für die deutsche Volkswirtschaft im Jahr 2024 weiter stark ein. Schon 2023 schrumpfte sie um 0,3 % - das produzierende Gewerbe sogar um 1,5 %. Zahlreiche Unternehmen verlagern Teile oder gar die gesamte Produktion aufgrund der hierzulande ungünstiger werdenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in das europäische oder außer-europäische Ausland. Die Ampel-Regierung hat Deutschland auf einen Pfad der Rezession, der Deindustrialisierung und des wirtschaftlichen Abstiegs geführt.

Wir müssen jetzt gegensteuern und die Wirtschaftswende einläuten. Wir sind ein Land mit viel wirtschaftlicher Substanz und Kompetenz sowie mit tatkräftigen Arbeitnehmern und innovativen Unternehmen.

Für eine Entfaltung dieser Stärke muss die Bundesregierung allerdings die Rahmenbedingungen des Standorts Deutschland wieder deutlich verbessern.

In einem Brief an Bundeskanzler Scholz sowie in einem Antrag fordert die CDU/CSU, neben mittel- und langfristigen Maßnahmen zur Stärkung der strukturellen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft jetzt ein Paket aus Sofortmaßnahmen auf den Weg zu bringen.

Unser Sofortprogramm umfasst 12 Punkte, darunter die steuerliche Begünstigung von Überstunden für Vollzeitbeschäftigte, die Einführung von strengeren Sanktionen für Bürgergeldbezieher (wenn die Arbeitsaufnahme verweigert wird), die vollständige Rücknahme der von der Bundesregierung geplanten Steuererhöhung für Landwirte sowie die dauerhafte Senkung der Stromsteuer auf das europäische Minimum (0,05 Cent/kWh) und die Halbierung der Netzentgelte.



[Hier geht 's direkt zur Debatte](#)

[oder direkt zu unserem Antrag](#)

AKTUELLE STUNDE: "BEZAHLKARTE JETZT RECHTSSICHER EINFÜHREN – BLOCKADE BEENDEN" <<<<

Der Bundeskanzler und die Ministerpräsidentenkonferenz haben die Forderung der CDU/CSU aufgegriffen, Asylbewerberleistungen zukünftig bundesweit über eine Bezahlkarte auszuzahlen. Damit sollen:

- Barauszahlungen an Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz eingeschränkt und
- Möglichkeiten zum Missbrauch der staatlichen Unterstützung – etwa in Form von Zahlungen an Schlepper oder Überweisungen ins Ausland – erschwert werden.

Asylbewerber erhalten nicht weniger Leistungen, sondern diese nur in anderer Form. Zugleich können Bezahlkarten dazu beitragen, den Verwaltungsaufwand bei den Kommunen zu reduzieren.

Ende Januar hat die Arbeitsgruppe der Länder einstimmig gemeinsame Rahmenbedingungen für eine bundesweite Einführung beschlossen. Damit die Bezahlkarte bundesweit die volle Wirkung entfalten kann, braucht es Änderungen im Asylbewerberleistungsgesetz. Nur dann ist die Bezahlkarte rechtssicher.

Allerdings streitet die Ampel erneut über die nötigen nächsten Schritte: Die Grünen haben erklärt, keiner Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes zustimmen zu wollen. Aus ihrer Sicht – und entgegen der einhelligen Meinung der Experten aus den Ländern – bräuchte es keine Gesetzesänderungen. Das Ergebnis: Das Vorhaben steckt im Streit der Ampel fest.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert die Grünen auf, ihre ideologisch motivierte Blockade sofort zu beenden. Diese Blockade - entgegen den Verabredungen in der eigenen Koalition - ist unverantwortlich. Der Bundeskanzler muss endlich für Ordnung in seiner eigenen Koalition sorgen und diese wichtige Maßnahme zur Begrenzung der irregulären Migration auf den Weg bringen.

Die Bezahlkarte ist ein unverzichtbares Instrument, um den Missbrauch der staatlichen Unterstützung für Asylsuchende zu verhindern und Fehlanreize zu reduzieren.



[Hier geht 's direkt zur Debatte](#)

➤➤➤ CANNABISLEGALISIERUNG STOPPEN, GESUNDHEITSSCHUTZ UND AUFKLÄRUNG VERBESSERN

In dieser Woche will die Ampel-Koalition in abschließender Lesung die Legalisierung von Cannabis beschließen. Cannabis soll künftig nicht mehr zu den verbotenen Substanzen nach dem Betäubungsmittelgesetz gehören, Besitz und Konsum bleiben unter bestimmten Bedingungen straffrei. Unserer Auffassung nach ist diese geplante Legalisierung gesundheitspolitisch fatal und verantwortungslos. Deswegen werde ich der Legalisierung nicht zustimmen.

Unsere Einschätzung teilt im Übrigen auch der überragende Teil der Fachwelt. Unter anderem haben sich die führenden Verbände der Kinder- und Jugendmediziner, der Kinder- und Jugendpsychiater, die Bundesärztekammer, die Gewerkschaft der Polizei, der Bund Deutscher Kriminalbeamten, der Berufsverband der Lehrkräfte und Pädagogen sowie viele weitere Verbände mit dem eindringlichen Appell "Aus Verantwortung zu unserem Land - die geplante Cannabislegalisierung stoppen" gegen das Gesetz ausgesprochen. Auch die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder lehnt die geplante Cannabislegalisierung einhellig ab.



Bildquelle: Canva.

Zu den Gründen für die Ablehnung der geplanten Cannabislegalisierung gehören unter anderem:

- erhebliche Gesundheitsrisiken - insbesondere für die Entwicklung Jugendlicher und junger Erwachsener,
- irrealen Hoffnungen der Befürworter, den Schwarzmarkt austrocknen zu können, sowie
- offene Fragen über Folgewirkungen eines legalen Cannabiskonsums im Straßenverkehr oder am Arbeitsplatz.

Die Regierung aus SPD, Grünen und FDP betreibt damit keine Gesundheitspolitik, sondern eine Politik der massiven Gesundheitsgefährdung. Zudem sind die enthaltenen Regelungen schlicht nicht kontrollierbar und werden jede Vollzugsbehörde vor unlösbare Aufgaben stellen. Statt einer Cannabislegalisierung braucht es eine langfristig angelegte Präventionskampagne zum Schutz von Kindern und Jugendlichen und verstärkte Forschung auf dem Gebiet Medizinalcannabis, um betroffenen Patienten, insbesondere im Palliativ-Bereich, helfen und unterstützen zu können.



[Hier geht 's direkt zur Debatte](#)

[oder direkt zu unserem Antrag](#)

Bürgerrat übergibt seine Empfehlungen an den Deutschen Bundestag



© Deutscher Bundestag / Marc-Steffen Unger

Der erste Bürgerrat des Bundestages, der am 10. Mai 2023 ins Leben gerufen wurde, hat intensiv zu dem Thema "Ernährung im Wandel: Zwischen Privatangelegenheit und staatlichen Aufgaben" gearbeitet und nun im Rahmen der am 20.02.2024 stattgefundenen Übergabeveranstaltung das daraus entstandene Bürgergutachten zur weiteren Behandlung an den Bundestag übergeben. Es umfasst im Ergebnis insgesamt neun Empfehlungen (sowie eine Querschnittsempfehlung und weitere, zum Teil abgelehnte Empfehlungen bzw. Maßnahmvorschläge), die in arbeitsintensiven Beratungen der Teilnehmenden über mehrere Monate hinweg entstanden sind.

Die 160 nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Teilnehmenden nahmen an einer Vielzahl von physischen und Online-Veranstaltungen teil - darunter Besichtigungen von Lebensmittelgeschäften und landwirtschaftlichen Betrieben. In Kleingruppen und in Vollversammlungen diskutierten sie konstruktiv und erarbeiteten auf diese Weise ihre Empfehlungen. Im Rahmen meiner Teilnahme an einer Präsenzveranstaltung des Bürgerrates im November 2023 konnte auch ich mir einen eigenen Eindruck ihrer Arbeit verschaffen und dabei feststellen, dass sich die Teilnehmer sehr engagiert und mit viel Leidenschaft und Verantwortungsbewusstsein mit dem Thema auseinandersetzen.

➤➤➤ WIE GEHT ES JETZT WEITER?

Die Empfehlungen werden voraussichtlich in einer der nächsten Sitzungswochen dem von mir geleiteten Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft zur weitergehenden parlamentarischen Beratung überwiesen werden. Dann wird es insbesondere an den Fachpolitikern liegen, welche Schlussfolgerungen daraus für unsere Gesellschaft zu ziehen sein werden und ob bzw. in welcher Form diese in staatliches Handeln gewandelt werden.



© Deutscher Bundestag / Marc-Steffen Unger

Auszüge aus meinem Terminkalender

»»» TERMINVORSCHAU

24. Februar 2024:

Gastredner bei der Tagung der FrauenUnion und der MIT Südbaden.

25. Februar 2024:

Gemeinsame Anreise mit einer BPA-Gruppe aus dem Wahlkreis nach Berlin.

26. Februar 2024:

Im Rahmen des Besuchs der BPA-Gruppe aus meinem Wahlkreis besuchen wir das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, die Landesvertretung Baden-Württemberg und den Deutschen Bundestag in Berlin.

27. Februar 2024:

Teilnahme an einer Diskussionsrunde der Sparkasse Osnabrück.

Links

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: www.hermann-faerber.de

Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

Kontakt

Wahlkreisbüro

Heidenheimer Straße 68, 73079 Süßen

Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 22 77 36 58

Email: hermann.faerber@bundestag.de